

# Archiv und Wirtschaft

**Zeitschrift für das Archivwesen  
der Wirtschaft**

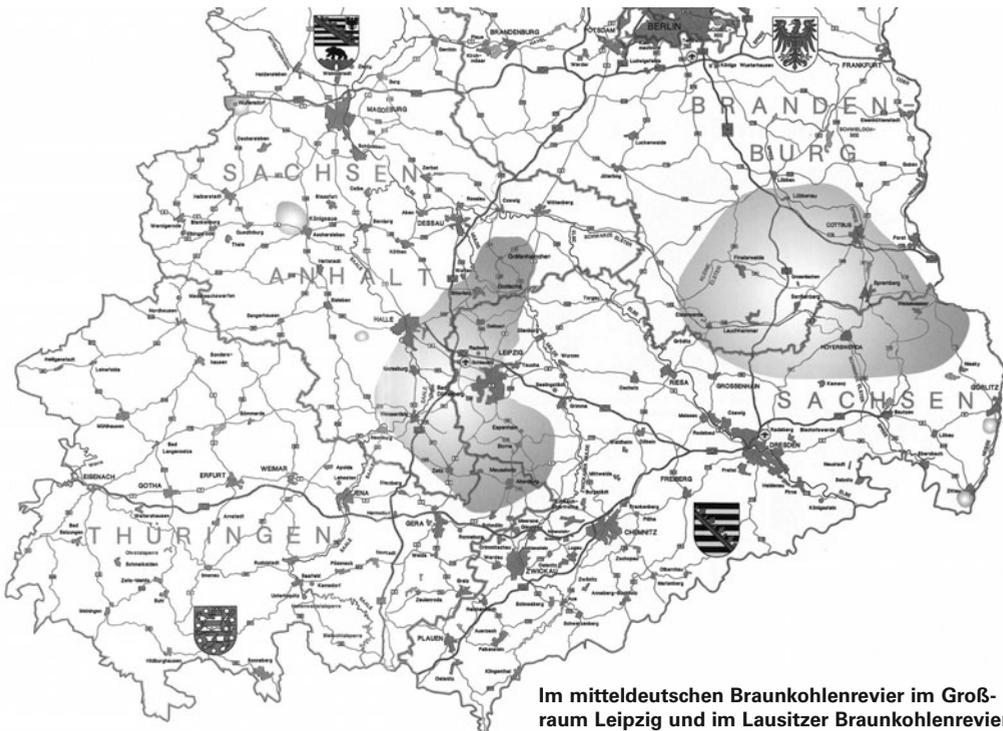
43. Jahrgang · 2010 · Heft 1



Herausgegeben von der  
**VEREINIGUNG DEUTSCHER WIRTSCHAFTSARCHIVARE E.V.**

## Entstehung, Entwicklung und Bedeutung der Lausitzer und mitteldeutschen Braunkohlenindustrie im Spiegel ihrer Überlieferung im Bergarchiv Freiberg

Clemens Heitmann unter Mitarbeit von Matthias Fiedler und Sebastian Müller<sup>1</sup>



Im mitteldeutschen Braunkohlenrevier im Großraum Leipzig und im Lausitzer Braunkohlenrevier zwischen Berlin und Dresden lagen die Zentren der Braunkohlenförderung und -verarbeitung sowie der Energieproduktion der DDR. (BAF Bestand 40200-1 Nr. 2882)



**Montagestelle der F 32 im Juni 1954. Seit Ende der 1930er Jahre wurde südwestlich von Senftenberg der Tagebau Skado betrieben. 1945 wurde die gerade erst errichtete Abraumförderbrücke sowie die übrige Tagebauausrüstung von der Sowjetunion als Reparationsleistung demontiert. Bis 1955 errichtete die DDR eine neue Förderbrücke (Abbildung), die dann bis 1977 im Einsatz war. (BAF Bestand 40200-1 Nr. 0004)**

## 1. Bedeutung des Lausitzer und des mitteldeutschen Braunkohlenreviers sowie der Braunkohlenindustrie für Ostdeutschland

Die wirtschaftliche und später auch die industrielle Entwicklung Sachsens sind seit jeher vom Bergbau geprägt, welcher hier eine lange Tradition hat. Waren es im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit vor allem der Bergbau auf Edel- (Silber) und Buntmetalle (Blei, Kupfer, Zinn und Zink), so gewannen seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts der Steinkohlen- und später der Braunkohlenbergbau an Bedeutung. Im bipolaren Zeitalter war es dann der Uranbergbau der sowjetisch-deutschen Wismut AG (SDAG Wismut), der Menschen prägte und Landschaften überformte; seine Hinterlassenschaften wie auch die des Steinkohlenbergbaus sind topographisch wie sozial bestimmend und werden noch kommende Generationen beschäftigen. Das wohl spektakulärste und augenfälligste Beispiel anthropogener Bergbau(folge)landschaften aber bieten die beiden Braunkohlenreviere, welche sich zumindest teilweise auf das Gebiet des heutigen Freistaates Sachsen erstrecken: Das mitteldeutsche<sup>2</sup> und das Lausitzer Braunkohlenrevier.<sup>3</sup>

Vor der Industrialisierung der beiden Regionen wurde Braunkohle aus zahlreichen kleinen lokalen Gruben gefördert und als häusliches Brennmaterial oder als landwirtschaftlicher Dünger genutzt. Im mitteldeutschen Raum begann die Förderung in kleinem Umfang bereits im 17. Jahrhundert in Tagebauen oder oberflächennahen untertägigen Bergwerken. In der Lausitz wurde am Standort des späteren Braunkohlenkombinats Lauchhammer 1789 Braunkohle gefunden und ein erster Braunkohlenschacht dort 1815 niedergebracht. Der Brennstoffbedarf der Spremberger Tuchfabriken und Glashütten war dann in den 1860er Jahren das

auslösende Moment für die Gründung mehrerer Grubenbetriebe in der Oberlausitz. Denn seitdem Ende der 1850er Jahre Braunkohle verschwelt und brikettiert wurde,<sup>4</sup> konnte sich die Lausitzer Braunkohle auf dem deutschen Brennstoffmarkt gegen die Steinkohle aus Schlesien und aus dem Ruhrrevier durchsetzen. Nach 1870 nahm die Braunkohlegewinnung strukturbestimmende Ausmaße an; 1882 wurde bei Domsdorf die Brikettfabrik Louise eröffnet,<sup>5</sup> 1911 entstand bei Hirschfelde (Zittau) das erste deutsche Braunkohlegroßkraftwerk. Seit dieser Zeit übertraf die Förderung aus den offenen Tagebauen diejenige der Braunkohlenbergwerke (Tiefbaugruben), da zunehmend Großgeräte für die umfangreichen Abraumbewegungen und die Kohleförderung eingesetzt wurden. Zur Vollendung gebracht wurde dieses Prinzip des technisch effizienten Grubenbetriebs 1924 mit der Errichtung der weltweit ersten Abraumförderbrücke in der Grube „Agnes“ im brandenburgischen Plessa. Der erste Großtagebau in Mitteldeutschland entstand 1921 im Südraum von Leipzig (Tagebau Böhlen, 1969 in Tagebau Zwenkau umbenannt). Damit einher ging ein Ausbau der Verkehrsinfrastruktur für den kostengünstigen Transport zwischen den Gruben, Fabriken und Abnehmern, eine Zunahme der Beschäftigten und der regionalen Bevölkerung sowie eine Wandlung der Siedlungsstrukturen. Orte verloren ihren dörflichen Charakter, wurden devastiert oder es wurden völlig neue Siedlungen für die Arbeiter der Tagebaue gegründet.

Bald wurde Braunkohle nicht mehr nur als Brennstoff für Industrie und Privathaushalte genutzt, sondern als Grundstoff für die industrielle Kohlechemie. Im Zuge der nationalsozialistischen Autarkiepolitik wurden Verfahren zur Treibstoffherstellung auf Braunkohlenbasis forciert und es entstanden im mitteldeutschen Revier zwischen 1935 und

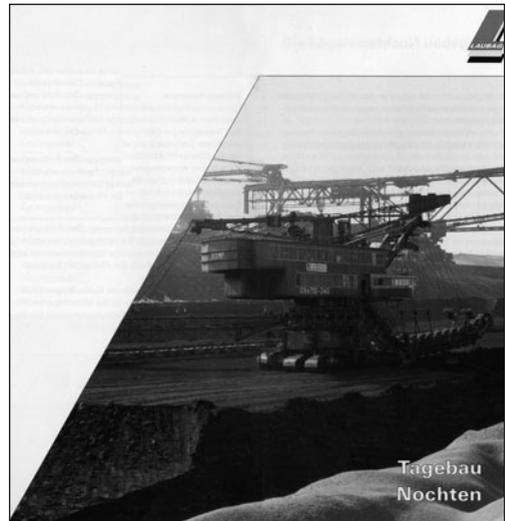
1942 die Braunkohlenverarbeitungswerke in Böhlen und Espenhain.

Nach Kriegszerstörung, Wiederaufbau und Verstaatlichung der Anlagen wurden ab 1968 konzernähnliche Braunkohlenkombinate mit einer Vielzahl großräumiger Tagebaue, Brikettfabriken, Kokereien, Schwelereien und Kraftwerken sowie den erforderlichen Ausrüstungsbetrieben gebildet. Im Südraum Leipzigs entstand z. B. das „Braunkohlenkombinat Espenhain“ mit über 50 000 Beschäftigten. Im Lausitzer Revier entstanden das Braunkohlenkombinat Senftenberg, welches dort allein siebzehn Tagebaue betrieb<sup>6</sup> und im Jahr 1989 etwa 1/6 der Braunkohlenweltproduktion förderte, sowie ab 1955 nördlich der Stadt Hoyerswerda mitten in einer bis dahin weitgehend unbesiedelten Heidelandschaft das „Gaskombinat Schwarze Pumpe“.<sup>7</sup> Durch diesen später einmal größten Braunkohlenveredlungsbetrieb der Welt stieg die Zahl der Einwohner in dem vormals kleinen, heute zu Sachsen gehörigen Ort Hoyerswerda innerhalb von drei Jahrzehnten von weniger als 10 000 auf schließlich über 70 000 Menschen, für die hier eine – dem Anspruch nach – sozialistische Stadt mit industriell gefertigten Wohnungen in der markanten Großblock- und Plattenbauweise und den ergänzenden Funktionsbauten geschaffen wurde.

Im Jahr 1980 folgte ein weiterer Konzentrationsprozess und (fast) alle bis dahin bestehenden Braunkohlenkombinate wurden in den Kombinate Bitterfeld (Mitteldeutschland) und Senftenberg (Lausitz) zusammengeführt. Diese Struktur blieb dann bestehen, bis mit der DDR auch deren staatswirtschaftliche Strukturen untergingen und in den Braunkohlenrevieren ein radikaler Umbruch einsetzte. Zahlreiche Tagebaue und Brikettfabriken (sowie praktisch die gesamte mitteldeutsche Kohlechemieindustrie) wurden stillgelegt, andere Betriebe wurden durch die Treuhandanstalt privatisiert und weitergeführt. So entstanden aus dem einstmals „volkseigenen“ Braunkohlenkombinat Bitterfeld die „Vereinigte Mitteldeutsche Braunkohlenwerke AG“, aus dem Braunkohlenkombinat Senftenberg die „Lausitzer Braunkohle AG“ (LAUBAG) und aus dem Gaskombinat Schwarze Pumpe die „Energiewerke Schwarze Pumpe AG“ (ESPAG).<sup>8</sup>

## 2. Die Überlieferung der Braunkohlenindustrie im Bergarchiv Freiberg

Mit der Lausitzer und mitteldeutschen Braunkohlenindustrie wurden auch deren Registraturen und Betriebsarchive abgewickelt und aufgelöst. Da die gesamte Branche Teil der DDR-Staatswirtschaft war, gehörte folglich auch deren Überlieferung in staatlichen Archivgewahrsam<sup>9</sup>. Die Abteilung Bergarchiv Freiberg ist innerhalb des Sächsischen Staatsarchivs zuständig für die Überlieferung der mittleren und unteren sächsischen Bergverwaltung sowie der sächsischen Bergbau- und Hüttenbetriebe und der zugehörigen wirtschaftsleitenden Ein-



**Broschüre der Lausitzer Braunkohle AG. Der Tagebau Nochten im sorbischen Siedlungsgebiet der Oberlausitz wurde ab 1960 angelegt. Der Betrieb gehört zu den wenigen der einstmaligen 39 Braunkohletagebaue der DDR-Staatswirtschaft, die heute von der Firma Vattenfall Europe Mining fortgeführt werden, und liefert den Brennstoff für das Kraftwerk Boxberg sowie für die Brikettfabrik Schwarze Pumpe. (BAF Bestand 40200-1 Nr. 2882)**

richtungen. Dies betrifft insbesondere Betriebe, deren Hauptgegenstand die Gewinnung von Rohstoffen war, aber auch weitere damit eng verknüpfte, der Bergverwaltung unterstehende Unternehmen sowie deren Rechts- und Funktionsvorgänger. Unglücklicherweise wurden die Registraturen der DDR-Braunkohlenindustrie in den 1990er Jahren in mehrere Teile zerrissen; privatisierte Unternehmen erhielten mindestens die für die weitere Be-

triebsführung erforderlichen Unterlagen, Personalunterlagen und Gehaltsnachweise wurden für öffentliche Stellen herausgelöst ebenso wie solche für Aufgaben der Bergbausanierung. Lediglich die nicht benötigten Altunterlagen wurden unmittelbar an staatliche Archive abgegeben. Dieser Prozess der Auflösung und Abwicklung eines Staates und seiner Staatswirtschaft innerhalb weniger Jahre ist historisch ohne Beispiel und entsprechend verlief auch die – angesichts der Dimension der Aufgabe sicherlich nachrangige – Verwahrung und Verwaltung der Überlieferung bis zur Abgabe an die (seinerzeit teilweise erst in Gründung befindlichen) Archive. Dem Bergarchiv Freiberg sind seit dem Jahr 2008 große Mengen Unterlagen (geschätzt etwa 5 000 lfm) der abgewickelten DDR-staatlichen Braunkohlenindustrie sowie auch der nachfolgenden Bergbausanierungsunternehmen angeboten worden. Der oben beschriebene Prozess des Kollapses einer ganzen Branche spiegelte sich in der (fehlenden) Struktur der Überlieferung, so dass über 1 000 lfm Unterlagen aktenweise gesichtet und bewertet werden mussten und davon schließlich ca. 1/5 übernommen werden konnte.<sup>10</sup> Anzumerken ist allerdings, dass die Überlieferung keineswegs zusammenhängend oder vollständig und der Prozess der Überlieferungsbildung noch lange nicht abgeschlossen ist. Bereits zur DDR-Zeit waren Altunterlagen stillgelegter Bergbaubetriebe an die zuständigen staatlichen Archive abgegeben worden, und entsprechend besteht dort auch heute eine Vielzahl

kleinerer Provenienz- oder Sammlungsbestände.<sup>11</sup> Wenngleich im Bergarchiv Freiberg der Überlieferungsschwerpunkt der Braunkohlenindustrie mengenmäßig bei den Betrieben und wirtschaftsleitenden Organisationseinheiten der DDR-Zentralverwaltungswirtschaft liegt, so bestehen die entsprechenden Bestände doch mitnichten nur aus Akten mit der Laufzeit 1945-1990. Vielmehr setzt die Überlieferung mit Vorläufern in der Mitte des 19. Jahrhunderts ein<sup>12</sup> und läuft bis zur Gegenwart (die derzeit jüngste Unterlage betrifft die Sanierung der Braunkohleveredlung Espenhain/Böhlen und stammt aus dem Jahr 2006). Neben Akten sind zahlreiche Karten, Pläne und Risse, audiovisuelle, fotografische sowie auch elektronische Unterlagen überliefert. Anhand dieser Überlieferung lässt sich ein sehr dichtes Bild der Branche sowie auch verschiedener zeitgeschichtlicher Epochen, der Wirtschafts- und Technikgeschichte und der Umwelt- und Siedlungsgeschichte der Region sowie auch des Transformationsprozesses der neuen Länder beschreiben. Wie vielfältig diese Unterlagen sind, soll im Weiteren anhand einiger ausgewählter Themenfelder beschrieben werden.

### 3. Themen und Fallbeispiele

#### 3.1 Verlorene Orte

Mit dem Übergang vom Tiefbau- zum Tagebauverfahren im mitteldeutschen und Lausitzer Revier



**Broschüre des bundeseigenen Bergbausanierungsunternehmens LMBV. Von 1937 bis zur Stilllegung im Jahr 1994 hat der ehemalige Großtagebau Espenhain im Südraum von Leipzig rund 40 km<sup>2</sup> Fläche sowie 14 Orte in Anspruch genommen, wobei fast 8 700 Einwohner umgesiedelt wurden. Seit dem 1. Januar 1994 entstehen dort durch Flutung der Restlöcher der Markkleeberger sowie der Störmthaler See. (BAF Bestand 40200-1 Nr. 2882)**



**Montage der Abraumförderbrücke „Clara“ in der gleichnamigen Grube der „Eintracht Braunkohlenwerke und Brikettfabriken AG“ bei Welzow im Jahr 1930. Nachdem 1924 in der Grube „Agnes“ im brandenburgischen Plessa die weltweit erste Abraumförderbrücke errichtet worden war, entstanden im Lausitzer Braunkohlenrevier in rascher Folge derartige Tagebaugroßgeräte. (BAF Bestand 40200-3 Nr. S0597)**

ab der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert war eine extensive Landschaftsinanspruchnahme verbunden, die schließlich nicht nur Ödland betraf, sondern auch landwirtschaftliche Flächen sowie bebautes Gebiet nicht verschonte. Wo Braunkohle unter der Erde lag, mussten Mensch und Vieh und bald sogar ganze Dörfer oder Städte weichen und es entstanden gewaltige Tagebaugruben. Für das Lausitzer Revier ist von 135 abgebagerten Orten mit annähernd 30 000 Betroffenen auszugehen, im mitteldeutschen Revier geht man von 126 Siedlungen mit über 50 000 Betroffenen aus.<sup>13</sup> Dies ist keinesfalls ein Phänomen der DDR-Geschichte, sondern begann bereits in der Zwischenkriegszeit, fand später in beiden deutschen Staaten statt und wird weiterhin verfolgt.<sup>14</sup> Der administrative Prozess von der Erkundung eines Vorkommens über die Planung des Abbaus bis schließlich hin zur Einleitung, Umsetzung und Nachbereitung der „Ortsverlegungen“ ist im Bergarchiv ausgiebig dokumentiert. Dazu gehören die Vermessung und Kartierung der Abbauflächen, die Dokumentation der darauf befindlichen Siedlungen und die Inventarisierung aller Güter, die Verhandlungen mit

Eigentümern sowie deren Registrierung oder auch die Umbettung der auf den örtlichen Friedhöfen Bestatteten. Diese regelmäßig sehr aufwendigen und sorgsam dokumentierten Maßnahmen belegen eindrücklich, dass Devastierungen sowohl in der Weimarer Republik als auch in der DDR und der Bundesrepublik keinesfalls unumstritten waren. Die so seinerzeit für die Vermögensfeststellungen gefertigten Fotografien dokumentieren heute verschwundene Siedlungen und Infrastruktur, gerodete Wälder, umgelegte Flüsse oder abgebagerte Bodenflächen. An die verlorenen Orte und das Leben und die Gebräuche der Bewohner erinnern diverse Alben und Druckschriften, die während der zurückliegenden hundert Jahre entstanden sind – zumeist von den Betroffenen verfasst und finanziert von den Braunkohlenbetrieben. Solche „Ortschroniken“ sind heute eine wichtige Quelle, denn die einst umgesiedelten Menschen beginnen sich zu vernetzen, eine eigene Erinnerungskultur zu schaffen und Gedenkorte einzurichten, wie z. B. kurzzeitig in der Ruine der Kirche von Wachau südlich von Leipzig.

### 3.2 Zwangsarbeit

Erwartungsgemäß finden sich auch in der Überlieferung der Braunkohlenindustrie Unterlagen über das System der NS-Wirtschaft, den Einsatz von Arbeitssklaven sowie über deren Herkunft und Lebenssituation. Über das NS-System hinaus wurde der Einsatz von Zwangsarbeitern in den Braunkohlegruben im 20. Jahrhundert nahezu durchgängig praktiziert. Während des Ersten Weltkriegs mussten in Lausitzer Gruben kriegsgefangene Griechen, Russen und Franzosen die fehlenden Bergleute ersetzen und Kohle fördern, und auch der sozialistische deutsche Staat setzte bedenkenlos Zwangsarbeiter ein, um seine marode Staatswirtschaft am Leben zu erhalten. Insbesondere bei den Großbetrieben der Bergbau-, Chemie- und Schwerindustrie entstanden so genannte Haftarbeitslager, von denen aus Gefangene des regulären Strafvollzugs zur Zwangsarbeit dirigiert wurden. In den Beständen des Bergarchivs Freiberg finden sich Unterlagen über die Arbeit, die Versorgung und die Unterbringung der Gefangenen, Lohnunterlagen sowie Pläne der Lager und Anweisungen der Volkspolizei. Absurderweise stellte letztere nicht nur die Bewacher der Gefangenen, sondern musste sogar selbst Personal für die harte Arbeit in den Betrieben abordnen<sup>15</sup> – so ergibt sich in der Gesamtschau ein Bild vom dramatischen Scheitern der DDR-Staatswirtschaft.

### 3.3 Technologische Entwicklung

Die Entwicklung der Braunkohlenindustrie innerhalb der vergangenen hundert Jahre ist besonders eindrucksvoll abzulesen an der Art des Abbauverfahrens und der dabei eingesetzten Großgeräte. Nach ersten, eher zufälligen Braunkohlefinden wurde die Kohle dort gewonnen, wo das Flöz offen zu Tage austrat. Lag die Kohle zu tief unter der Tagesoberfläche, so dass der Abbau mit so einfachen technischen Mitteln wie Keilhaue, Schaufel und Handkarren nicht mehr zu bewältigen war, ging man zum klassischen Bergbau (Tiefbau) über, der aber aufwendiger und mit hohen Abbauverlusten verbunden war.<sup>16</sup> Effizienter ist die Förderung im Tagebauverfahren, wobei schlicht das über der abzubauenden Kohle liegende Deckgebirge abgebaggt und aufgeschüttet wird – die Folge sind die

landschaftsbestimmenden Tagebaulöcher und -halden. Dazu aber mussten gewaltige Mengen Abraum (Erde, Sand, Gestein usw.) gefördert und bewegt werden. 1885 unternahm man erste Versuche, die Abraumgewinnung mittels Bagger zu mechanisieren, und in der Folgezeit hielten Eimerkettenbagger (ab 1889), Löffelbagger (ab 1904), Schaufelradbagger (ab 1916) sowie Absetzer (ab 1915) vermehrt Einzug in die deutschen Braunkohlenbetriebe. Als Transportmittel für die Abraummassen vom Bagger zur Kippe dienten Eisenbahnen.

In der Kohlegewinnung dagegen setzte die Mechanisierung erst kurz vor Beginn des Ersten Weltkrieges ein, indem man für die Förderung Seil- oder Kettenbahnen benutzte. Als sich die Entfernung zwischen Tagebau und den Veredlungsanlagen weiter vergrößerte, ging man auch in der Kohleförderung zum Bahnbetrieb über. Nachdem erstmals im Jahr 1901 im Rheinischen Revier eine elektrische Abraumlokomotive fuhr, setzten sich elektrische Lokomotiven in der Zugförderung ab 1908 auch im Lausitzer und mitteldeutschen Revier durch und prägten dort das Bild der Tagebaubetriebe und Landschaften.

Eine technologisch neue Epoche begann im Braunkohlentagebau, als die Plessaer Kohlenwerke auf der Grube „Agnes“ im Oktober 1924 die weltweit erste funktionsfähige Abraumförderbrücke in Betrieb nahmen. Von diesem Tagebaugroßgerät, das die Hauptprozesse im Tagebau (Gewinnung, Förderung und Verkipfung) in einem Gerät vereint, wurden bis 1945 insgesamt zwanzig Anlagen dieser Art im Lausitzer und mitteldeutschen Revier in Dienst gestellt.

Nicht zuletzt durch den von den Nationalsozialisten forcierten Ausbau der Braunkohlenindustrie wurden noch größere und leistungsfähigere Eimerkettenbagger sowie Schaufelradbagger, Bandabsetzer und Abraumförderbrücken in Betrieb genommen. Diese Entwicklung erzwang auch eine Anpassung der Transportmittel, so dass man bei Neuaufschlüssen vermehrt die Zugförderung statt auf 900 mm-Schmalspur auf 1435mm-Normalspur auslegte.

Am Tag der Kapitulation des Deutschen Reichs befanden sich auf dem Territorium der späteren sowjetischen Besatzungszone (SBZ) insgesamt 69 Braunkohlentagebaue, von denen der größte Teil das Ende des Krieges ohne wesentliche Kriegsschäden überstanden hatte. Erhebliche Schwierigkeiten bereiteten der Braunkohlenindustrie in der SBZ der



**Eine Gruppe junger Mosambiquaner im volkseigenen Braunkohlenwerk Welzow im Jahr 1979. Nach der Unabhängigkeit Mosambiques von der portugiesischen Kolonialmacht im Jahr 1975 entsandte Ost-Berlin Entwicklungshelfer und plante, Mosambiquaner in DDR-Staatsbetrieben zu „klassenbewussten Arbeitern“ zu erziehen. So kamen während der 1980er Jahre Tausende junger Afrikaner in die DDR, wo sie u. a. in Betrieben der Braunkohlenindustrie arbeiteten. Eine Integration oder gar ein Verbleib der Menschen in der DDR war allerdings nie geplant. Sie sollten nach wenigen Jahren in ihre Ursprungsländer zurückkehren und waren in der DDR einer restriktiven Aufenthaltsregelung unterworfen. (BAF Bestand 40200-1 Nr. 0849)**

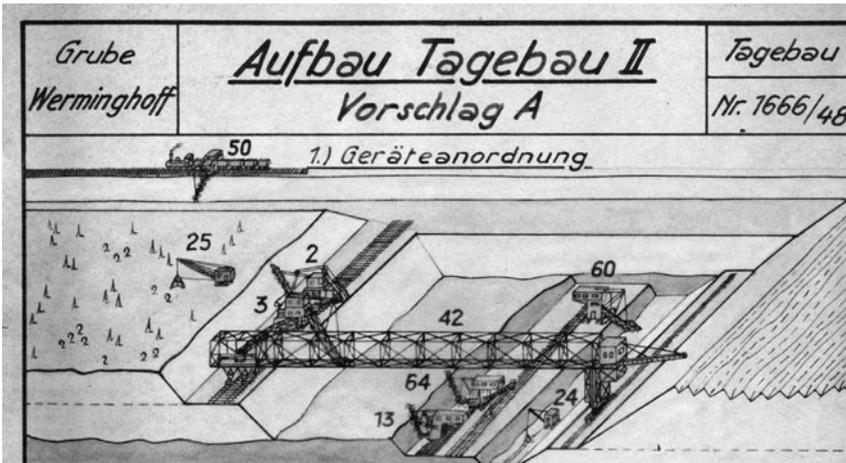
Mangel an Material und Ersatzteilen sowie die sowjetischen Demontagen. Die Entnahmen von Ausrüstungen, Anlagen und Material aus den Tagebauen begannen bereits im Juli 1945, zogen sich bis 1948 hin und betrafen insgesamt 39 Tagebaue. Der Umfang der Demontagen war sehr unterschiedlich und reichte von der Entnahme einzelner Tagebaugeräte bis hin zum Abtransport der gesamten Tagebauausrüstung, wodurch die Produktivität der Betriebe absank.<sup>17</sup> Nach Beendigung der Demontagen in der SBZ standen den Braunkohlenwerken noch 728 Tagebaugeräte zur Verfügung, die, von wenigen Ausnahmen abgesehen, überaltert und während des Krieges stark verschlissen waren. Gleiches gilt grundsätzlich auch für das rollende Material. Dieser Zustand der vorhandenen Maschinen und Anlagen, deren große Typenvielfalt sowie der Umstand, dass mehrere Hersteller von Tagebaugeräten, Lokomotiven und Wagen ihren Firmensitz auf dem Gebiet der späteren Bundesrepublik hatten, zwang schon Ende der 1940er Jahre zur Ausarbeitung eines Typenprogramms für Tagebaugeräte und rollendes Material, doch erst ab 1954 war der Schwermaschinenbau der DDR, der bis

dahin überwiegend Tagebautechnik für die UdSSR gebaut hatte, in der Lage, auch für die DDR-Kohlenindustrie Tagebaugeräte zu fertigen.

### 3.4 Betriebsalltag

Die Besonderheit der staatswirtschaftlichen Großbetriebe in der DDR war, dass die Unternehmen nicht nur horizontal und vertikal sämtliche Geschäftsfelder der Braunkohlenindustrie abdeckten, sondern darüber hinaus vielfältige weitere, eigentlich branchentypische Tätigkeiten übernahmen, z. B. den Betrieb von Verkaufseinrichtungen, Wohnungsbau- und Versorgung, Produktion von Konsumgütern, die Trägerschaft für Gesundheits-, Betreuungs-, Ferien- und Bildungseinrichtungen, Energieforschung sowie den Betrieb umfangreicher Verkehrs-

netze. Daher sind in einem gewöhnlichen Archivbestand eines DDR-Kombinates regelmäßig z. B. Unterlagen über die Vergabe von Zimmern in Ferienheimen an der Ostsee, die Verteilung von Mietwohnungen oder die Beschaffung von allerlei Konsumgütern bis hin zu PKWs überliefert. Ebenso sind immer Unterlagen über politische und militärische Ereignisse in den Betrieben enthalten. Damit sind nicht die Unterlagen aus der Provenienz der Staatspartei oder der Armee gemeint, sondern solche, die durch die reguläre Tätigkeit der Wirtschaftsbetriebe entstanden sind. Typisch sind z. B. langatmige Berichte von Parteifunktionären oder Alben mit in der Rückschau bedrückend anmutenden Fotografien von Übungen der paramilitärischen „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“. Eine weitere eigene und ganz regelmäßig wiederkehrende Quelle sind so genannte „Brigadebücher“, welche die Beschäftigten in zahlreichen betrieblichen Organisationseinheiten geführt haben. Darin berichten sie über Ereignisse in ihren Betrieben und „Brigaden“ (z. B. die Inbetriebnahme einer neuen Anlage), soziale Aktivitäten mit Kolleginnen und Kollegen (Brigadeausflüge) sowie über politische,



Die Anlagen des Braunkohlenwerks „Grube Werminghoff“ (in der DDR bezeichnet als volkseigener Betrieb „Glückauf Knappenrode“) in der Oberlausitz wurden 1947-1948 demontiert und sollten anschließend durch eine neue Förderbrücke ersetzt werden (Abbildung). Stattdessen wurde jedoch 1949 eine Förderbrücke aus dem Tagebau Clara bei Welzow umgesetzt, der Betrieb nach Auskohlung 1960 eingestellt und das Restloch ab 1967 geflutet (heute bekannt als „Silbersee“). (BAF Bestand 40200-1 Nr. 2884)

private oder kulturelle Dinge im betrieblichen Kontext. In der Gesamtschau entsteht so ein recht vielgestaltiges Bild von der Arbeit und dem Leben der Beschäftigten in den DDR-Betrieben, das jedoch teilweise konstruiert oder gar verordnet erscheint.

In jedem Fall sind durch diese Quellentypen die Wirtschaftsbestände der Archive in den neuen Bundesländern ungemünzt „bunt“ und unterscheiden sich deutlich von der Wirtschaftsüberlieferung in den alten Bundesländern.

### 3.5 Fallbeispiel: Von der Grube Werminghoff zum Industriemuseum

Möchte man die Entwicklung der Braunkohlenindustrie betrachten und über den Zeitraum, währenddessen diese Branche mehrere Regionen nachhaltig geprägt hat, verfolgen, bietet es sich an, die Geschichte eines Betriebes zu betrachten. Allerdings hat kaum ein Betrieb während des 20. Jahrhunderts durchgängig existiert, viele der frühen Gruben und angeschlossenen Werke sind beizeiten wieder aufgegeben oder fusioniert worden, später folgten nationalsozialistische „Arisierung“ oder staatssozialistische Enteignung, Konzernbildung (volkseigene Kombinate) und schließlich Zerschlagung der staatswirtschaftlichen Strukturen. Exem-

plarisch für diese wechselhafte Geschichte mindestens in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts soll hier das Braunkohlenwerk „Grube Werminghoff“ betrachtet werden, dessen Geschichte bereits zwei Jahre vor der eigentlichen Betriebsgründung 1912 begann, als die „Aktiengesell-

schaft Eintracht Braunkohlenwerke und Brikettfabriken“<sup>18</sup> (kurz Eintracht) erste Grundstücke zwischen den Oberlausitzer Ortschaften Maukendorf, Groß Särchen und Buchwalde im heutigen Landkreis Bautzen erwarb. Bereits 1911 wurden in diesem Bereich erste Probebohrungen vorgenommen, bei denen abbauwürdige Kohlevorkommen festgestellt wurden. Es folgte die Rodung der betreffenden Flächen und danach der Aufschluss der ersten Grube. Damit einher ging die Verlegung örtlicher Wasserläufe wie z. B. des Schwarzwassers sowie die Senkung des Grundwasserspiegels im Abbaugbiet mithilfe von Pumpstationen. Unweit des Aufschlussgebietes wurde 1913 mit der Errichtung einer ersten Arbeitersiedlung und eines Bahnhofs begonnen. Auch erfolgte noch im selben Jahr der Anschluss der Werkbahn an die Staatsbahnlinie Hoyerswerda-Niesky. Im Jahr 1914 wurde schließlich die Brikettfabrik Werminghoff errichtet, welche dann im Juli 1918 die Produktion aufnahm. Beide, Arbeitersiedlung und Brikettfabrik, wurden ehrenhalber nach dem 1914 verstorbenen Generaldirektor der „Eintracht“, Joseph Werminghoff, benannt.

Da die umfangreichen Bauarbeiten mit nach heutigem Maßstab primitiven Arbeitsmitteln ausgeführt wurden, dauerte der Grubenaufschluss fast fünf Jahre. Außerdem musste der Ort Buchwal-

de dem Tagebau weichen, was zeitraubende Verhandlungen mit der ansässigen Bevölkerung erforderte, mit der die Eintracht zunächst den finanziellen bzw. materiellen Ausgleich suchte und lediglich bei nicht zu erwartender Einigung Zwangsenteignungen erwirkte.

Im August 1917 war der Aufschluss der Grube Werminghoff abgeschlossen und die Kohleförderung wurde begonnen. Zunächst belief sich die Tagesproduktion, die noch weitgehend ohne technische Hilfsmittel erreicht werden musste, auf 600 Tonnen. Zu dieser Zeit beschäftigte der Betrieb insgesamt etwa 670 Arbeiter, von denen lediglich 160 deutscher Nationalität waren. Die übrigen 500 waren kriegsgefangene Griechen, Russen und Franzosen sowie Zivilisten polnischer Nationalität. In den darauf folgenden Jahren wurde die Produktion stetig gesteigert, bis 1924 wurde die tägliche Rohkohlenförderung auf 1 700 Tonnen erhöht und die Belegschaft wuchs auf 900 Mitarbeiter an. Die stetige Produktionssteigerung ist auch auf die zunehmende Technisierung des Abbaues zurückzuführen. So wurde im Jahr 1928 die erste Abraumförderbrücke in der Grube Werminghoff errichtet – nur drei Jahre nach der Errichtung der weltweit ersten Anlage überhaupt.

Im selben Zeitraum wurde der Komplex der Brikettfabrik Werminghoff durch die Anlagen II und III erweitert und 1927 vollendet.

Bis zur Weltwirtschaftskrise 1929 vergrößerte der Tagebau seine Ausdehnung stark. Damit einher ging wiederum eine Steigerung der Förderleistung sowie der Brikettproduktion. Letztere lag zu Hochzeiten 1928 bei 803 000 Tonnen im Jahr. Die Weltwirtschaftskrise setzte diesem Aufschwung jedoch vorerst ein Ende. Die Produktion musste eingeschränkt werden, infolgedessen waren die Anlagen unausgelastet. Dennoch stagnierte der Betrieb keineswegs. Bereits Ende der 1920er Jahre wurde der nächste Grubenaufschluss bei den Ortschaften Lohsa und Mortka, südöstlich von Werminghoff geplant. Ab 1932 wurden die Pläne in die Tat umgesetzt und wurde die Grube Ostfeld (anfangs Lohsa genannt) aufgeschlossen. Gleichzeitig stiegen die Belegschaftszahlen auf 1 300 Mann. Drei Jahre später wurde westlich von Lohsa der Tagebau II aufgeschlossen, was die Devastierung des Ortsteils Neulohsa zur Folge hatte. Wiederum wurden die

Grundstücke den Eigentümern abgekauft bzw. diese gegen Entschädigung enteignet.

Bis 1939 gehörte das Braunkohlenwerk Grube Werminghoff zu der „Eintracht Braunkohlenwerke und Brikettfabriken AG“, deren Hauptaktionäre die Brüder Petschek waren. Im Zuge der nationalsozialistischen „Arisierungspolitik“ wurde die Petschek-Gruppe<sup>19</sup> 1938 enteignet und zerschlagen und der Besitz anderen Gesellschaften eingegliedert, die Eintracht ging mit ihren Werken 1939 an die Anhaltischen Kohlenwerke des Flick-Konzerns.

Für die Grube Werminghoff ergaben sich aus dem Eigentümerwechsel jedoch keine Veränderungen. In den 1930er Jahren gingen mit den zum Tagebau I gehörigen Kohlefeldern südwestlich der Ortslage Werminghoff die ersten Kohleflöze zur Neige. Der Produktion tat dies keinen Abbruch. Im Gegenteil erfuhr die Brikettfabrik Werminghoff während des Krieges dank steigender Brennstoffnachfrage eine vollständige Auslastung. Die Briketterzeugung stieg von 616 000 Tonnen im Jahr 1933 auf 967 000 Tonnen im Jahr 1944 an. Der Zweite Weltkrieg wirkte sich dennoch negativ auf den Betrieb aus, da die Produktion immer wieder wegen Luftangriffen unterbrochen werden musste. In dieser Zeit wurden zahlreiche Zwangsarbeiter in dem Betrieb beschäftigt, welche in Lagern im Raum Werminghoff-Lohsa untergebracht waren.

Nach dem Krieg wurde der Betrieb durch die Landesverwaltung Sachsen enteignet (1945) und musste zahlreiche sowjetische Demontagen hinnehmen (1947), was einen starken Produktionseinbruch zur Folge hatte – 1948 betrug die Brikettproduktion nur noch 41 700 Tonnen. Hinzu kam, dass der Tagebau I 1945 vollständig ausgekohlt war. Dies machte einen Neuaufschluss notwendig, welcher ab 1950 mit dem Tagebau III östlich von Lohsa erfolgte. Im selben Zeitraum fanden umfangreiche Wiederaufbaumaßnahmen an der Brikettfabrik Werminghoff statt, wodurch 1949 wieder eine Leistung von 177 000 Tonnen Briketts erreicht werden konnte.

Natürlich konnte im Arbeiter- und Bauernstaat DDR der kapitalistische Unternehmer Joseph Werminghoff nicht Namenspatron einer Ortschaft oder eines nun „volkseigenen“ Betriebes sein, weswegen im Jahr 1950 sowohl die Ortschaft wie auch der Betrieb umbenannt wurden.

Der nun „Volkseigene Betrieb Braunkohlenwerk Glückauf Knappenrode“ wuchs mit dem Bedeu-

tungszuwachs der Braunkohle für die DDR-Energetik kontinuierlich, erschloss neue Tagebaue und wurde 1968/69 zum konzernähnlichen „Kombinat“ reorganisiert, welches die fünf Tagebaue Nochten, Bärwalde, Lohsa, Scado und Reichwalde sowie sieben Brikettfabriken betrieb und welche bis Mitte der 1980er Jahre jährlich über 4 Mio. Tonnen Briketts produzierten (1975: 4,8 Mio. t).

Mit dem Zusammenbruch der DDR 1989 kam auch das Ende für diese Betriebe. Die Brikettfabrik Knappenrode wurde 1993 endgültig geschlossen, ihre Anlagen aber konnten als Museum erhalten werden.<sup>20</sup>

### **3.6 Wirtschaftlicher Transformationsprozess und Bergbaufolgelandschaften seit 1989/90**

Nach der Wiedervereinigung ergaben sich für die Braunkohlenindustrie in den neuen Ländern vollkommen veränderte Rahmenbedingungen. Die jährliche Produktion von rund 300 Mio. t Rohbraunkohle wurde auf weniger als 80 Mio. t reduziert und viele Tagebaue und Veredlungsbetriebe wurden stillgelegt. Rechtsnachfolger der ehemals volkseigenen Braunkohlenindustrie wurde die Bundesrepublik Deutschland. Mit der Verwaltung und Verwertung dieser Industriebranche wurde die Treuhandanstalt betraut, die zuerst die wirtschaftlich lukrative Braunkohlengewinnung von der Last des Strukturwandels und Sanierungsbedarfs trennte. So entstanden durch Privatisierung der staatswirtschaftlichen Kombinate im Lausitzer Revier das Unternehmen LAUBAG<sup>21</sup> und im mitteldeutschen Revier die Vereinigte Mitteldeutsche Braunkohlenwerke AG.<sup>22</sup>

Die Treuhandanstalt konnte aber nur solche ehemaligen DDR-Staatsbetriebe privatisieren, deren Unternehmenstätigkeit Investoren rentierlich erschien oder die über Betriebsvermögen verfügten. Die nicht-privatisierbaren Braunkohlenbetriebe sowie die Bergbaualtlasten in der Lausitz und in Mitteldeutschland wurden der eigens gegründeten „Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH“ (LMBV) übertragen, welche bis heute die ehemaligen Bergbauflächen saniert, die Wasserqualität der Tagebaurestseen sicherstellt, die Böschungen der Gruben stabilisiert, Immobilien vermarktet und die Wirtschaft sowie

den Tourismus in den ehemaligen Bergbauregionen fördert.<sup>23</sup> Mit erheblichen öffentlichen Mitteln wurden 32 (von insgesamt 39) Braunkohlentagebauen renaturiert<sup>24</sup> und es entstanden durch untereinander verbundene Seen einmalige Bergbaufolgelandschaften. So besteht das „Leipziger Neuseenland“ rund um Leipzig aus einer Vielzahl gefluteter ehemaliger Tagebaue mit einer Wasserfläche von künftig zusammen ca. 120 km<sup>2</sup> und entwickelt sich zunehmend zu einer der touristischen Hauptattraktionen der Region. Der Geiseltalsee südlich von Halle inmitten der 175 km<sup>2</sup> großen „Mitteldeutschen Seenlandschaft“ wird der größte künstliche See Deutschlands und das „Lausitzer Seenland“ zwischen Berlin und Dresden mit 21 künstlichen Seen und schiffbaren Kanälen einmal die größte anthropogene Wasserlandschaft Europas werden.<sup>25</sup>

### **4. Erschließungszustand und Benutzbarkeit der Unterlagen der Braunkohlenindustrie im Bergarchiv Freiberg**

Im Bergarchiv Freiberg sind insbesondere die Entstehung und Entwicklung der Braunkohlenbetriebe, die Ausrüstung der Betriebe mit Maschinen und Anlagen und sogar deren Stilllegung, Verschrottung oder heutige Nachnutzung sowie vielfältige soziale, politische und kulturelle Aspekte dieses Industriezweiges überliefert. Wenngleich die Zuständigkeit des Bergarchivs Freiberg sich nur auf die Überlieferung der DDR-Braunkohlenindustrie nebst ihrer Vorgänger erstreckt und somit weder die bundeseigenen Bergbausaniierungsunternehmen<sup>26</sup> noch die der privatwirtschaftlichen Konzerne erfasst, so sind hier doch große Mengen entsprechender Unterlagen mit überliefert. Von den privaten Unternehmen der Braunkohlenindustrie sind dies insbesondere Druckschriften aus den 1990er Jahren, welche den ungemein dynamischen Strukturwandel der Branche und seine Folgen für die Wirtschafts- und Sozialstruktur in den neuen Ländern dokumentieren. Von der LMBV und ihren Funktionsvorgängern sind umfangreiche Akten sowie Karten, Risse und Pläne über die Flächensanierung und -verwertung sowie über die Planung, Finanzierung und Gestaltung der beschriebenen Bergbaufolgelandschaften überliefert. Mit diesen Unterlagen ist nicht nur ein wertvoller Teil der Überlieferung der Lausitzer und mitteldeutschen

Braunkohlenindustrie in archivischen Gewahrsam gelangt, sondern auch ein bestimmender Teil der Überlieferung der regionalen Geschichte. Die Unterlagen sind bereits zu großen Teilen im Archivsystem AUGIAS erschlossen und weitestgehend benutzbar.

Anschrift: Dr. Clemens Heitmann,  
Sächsisches Staatsarchiv – Bergarchiv Freiberg,  
Schlossplatz 4, 09599 Freiberg,  
E-Mail: clemens.heitmann@sta.smi.sachsen.de

#### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Der Verfasser ist Archivar im Sächsischen Staatsarchiv – Bergarchiv Freiberg; Matthias Fiedler und Sebastian Müller haben kürzlich im Rahmen von berufs- bzw. studienbegleitenden Praktika im Bergarchiv Freiberg Unterlagen der Braunkohlenindustrie erschlossen. Beiden sei an dieser Stelle für die Mitarbeit an diesem Beitrag herzlich gedankt.

<sup>2</sup> Das mitteldeutsche Braunkohlenrevier liegt im Großraum Leipzig und erstreckt sich über die Landesgrenze nach Sachsen-Anhalt in den Raum Zeitz, Halle und Bitterfeld sowie nach Thüringen in das Gebiet von Meuselwitz und Altenburg. Darüber hinaus werden die nordwestlich davon gelegenen Lagerstätten bei Aschersleben-Nachterstedt (Sachsen-Anhalt) sowie das Helmstedter Revier (Niedersachsen) dazugerechnet.

<sup>3</sup> Das Lausitzer Braunkohlenrevier besteht aus Abbaugebieten in der brandenburgischen Niederlausitz (um Senftenberg und Cottbus) sowie in der zu Brandenburg (um Spremberg) und Sachsen (um Hoyerswerda) gehörenden Oberlausitz. Ein weiterer – inzwischen stillgelegter – Teil lag zwischen Görlitz und Zittau und setzte sich östlich der Neiße fort.

<sup>4</sup> Rohbraunkohle ist aufgrund des hohen Wassergehalts hinsichtlich ihrer Transport- und Brenneigenschaften wirtschaftlich ineffizient. Erst nachdem 1858 auf der „Grube Theodor“ in Ammendorf südlich von Halle an der Saale (1861 umbenannt in „Brikettfabrik von der Heydt“) eine von Carl Exter (1816-1870) ersonnene Presse zur Brikettierung von Braunkohle in Betrieb genommen wurde, konnten durch Trocknung und Pressung Braunkohlenbriketts hergestellt und als Brennmaterial erfolgreich vermarktet werden.

<sup>5</sup> Die Anlage gilt heute als die älteste erhalten gebliebene Brikettfabrik Europas, von den zahlreichen Brikettfabriken im Ruhrgebiet ist z. B. keine einzige Anlage erhalten geblieben. Internetauftritt: [www.brikettfabrik-louise.de](http://www.brikettfabrik-louise.de).

<sup>6</sup> Davon sind heute noch die fünf Tagebaue Jänschwalde, Cottbus-Nord, Welzow, Nochten und Reichwalde in Betrieb, die übrigen zwölf wurden nach 1990 stillgelegt.

<sup>7</sup> Der Name „Schwarze Pumpe“ rührt vom Namen eines Gasthofes her, in dessen Nähe Ende des 19. Jahrhunderts die „Kolonie Schwarze Pumpe“ für Arbeiter der umliegenden Braunkohlengruben und sonstigen Industriebetrieben entstand. Seit 1998 gehört die Gemeinde

Schwarze Pumpe zur brandenburgischen Stadt Spremberg. Die enorme Bedeutung des späteren „Gaskombinats Schwarze Pumpe“ und der beliefernden Braunkohlenbetriebe ergibt sich aus der Struktur der DDR-Energieversorgung. Da der ostdeutsche Teilstaat über keine eigenen Erdgasvorkommen verfügte und teure Importe anderer Energieträger (z. B. Öl) scheute, wurde in zentralen Anlagen aus Braunkohle Kokereigas („Stadtgas“) hergestellt – ein technisches Verfahren, das in Westeuropa seit den 1960er Jahren sukzessive durch die Erdgasversorgung abgelöst wurde. In der DDR verlief die technische Entwicklung gegenläufig; die Zentralverwaltungswirtschaft setzte weiterhin auf die Kohlevergasung und übertrug dem 1970 gegründeten „Gaskombinat Schwarze Pumpe“ die gesamte Gasversorgungskette in der DDR einschließlich der Forschung und Entwicklung.

<sup>8</sup> 1993 ging die ESPAG durch Verschmelzung in der LAUBAG auf.

<sup>9</sup> Siehe § 4 (2) Archivgesetz für den Freistaat Sachsen vom 17. Mai 1993: „Das Sächsische Staatsarchiv hat die Aufgabe, das Archivgut [...] der ehemaligen staatlichen oder wirtschaftsleitenden Organe, der Kombinate, Betriebe, Genossenschaften und Einrichtungen“ zu archivieren.

<sup>10</sup> Zusammengefasster Bestand 40200 Lausitzer und mitteldeutsche Braunkohlenindustrie; der Bestand enthält u. a. 106 lfm Akten, 450 Stück Karten, Pläne und Risse, 21 AVM-Objekte (Bewegtbildfilme) sowie große Mengen bisher unerschlossenes fotografisches Material.

<sup>11</sup> Im Bergarchiv Freiberg bestehen u. a. der Einheitsbestand (= Provenienzbestand) 40093 VVB Braunkohle Leipzig (1945-1969) sowie die zusammengefassten Bestände 40127 Braunkohlenwerke des Meuselwitz-Rositzer Reviers (1858-1951) und 40128 Braunkohlenwerke des Leipzig-Bornaer Reviers (1860-1952). Daneben gibt es große Bestände einzelner DDR-Betriebe, z. B. im Bergarchiv Freiberg die Bestände 40126 VEB Braunkohlenwerk Regis und 40184 VEB Braunkohlenwerk Dörlitz (1945-1959) oder im Staatsarchiv Leipzig der Bestand 20681 VEB Braunkohlenveredlung Espenhain. Da die Braunkohlenreviere deutlich über die Grenzen des heutigen Freistaates Sachsen hinausragen, waren nicht nur aufwendige Provenienzrecherchen zu den regelmäßig ungeordneten Altunterlagen, sondern auch umfangreiche Bestandsabgrenzungen notwendig (z. B. Bestand 40068 Bergbehörde Senftenberg, welche sowohl im Brandenburgischen Landeshauptarchiv wie auch im Bergarchiv Freiberg überliefert ist). Grundsätzlich wurde hier nach dem Territorialitätsprinzip verfahren, d. h. die Unterlagen wurden anteilig auf die für den Sprengel zuständigen staatlichen Archive Sachsens, Sachsen-Anhalts und Brandenburgs aufgeteilt (bei den großräumigen Tagebaubetrieben, die ohne Rücksicht auf vormals nicht bestehende Landesgrenzen angelegt wurden, hat dieses Prinzip allerdings seine Grenzen). Die fotografische Überlieferung der Branche wird derzeit noch gesichtet mit dem Ziel einer entsprechenden Aufteilung. Zur Überlieferung der Braunkohlenindustrie im Land Brandenburg siehe *Katrin Verch*, Sicherung und Bewertung der Braunkohlenbestände, in: Brandenburgische Archive 26/2009, hrsg. vom Brandenburgischen Lan-

deshauptarchiv und dem Landesverband Brandenburg im VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivar e. V., S. 15-19.

<sup>12</sup> Bereits vor dem Untergang der DDR war – zumeist im Zuge der Enteignungen der 1940er Jahre – die Überlieferung älterer (zumeist kleinerer) Grubenbetriebe in den Besitz der „volkseigenen“ Braunkohlenindustrie gelangt und floss mit deren Registraturen dann in das Bergarchiv.

<sup>13</sup> Die Devastierung für Bergbauzwecke ist weit überwiegend, aber nicht ausschließlich ein Phänomen der Braunkohlenförderung. Auch für den Uranerzbergbau im Erzgebirge wurden Ortschaften als Haldenplätze überbaggert oder abgesiedelt. Die entsprechenden Unterlagen finden sich ebenfalls teilweise im Bergarchiv Freiberg, Bestand 40077-2 Bergbehörde Karl-Marx-Stadt. Eine aktuelle Übersicht der devastierten Siedlungen in ganz Deutschland ist im Internet abrufbar unter [www.culmitzsch.de/culmitzsch\\_gleiche\\_orte.htm](http://www.culmitzsch.de/culmitzsch_gleiche_orte.htm) [Zugriff am 23.12.2009].

<sup>14</sup> Insgesamt sollen in Deutschland im 20. Jahrhundert (Gebietsstand heutige Bundesrepublik) allein wegen der Braunkohlenförderung über dreihundert Orte devastiert und mehr als 100 000 Menschen umgesiedelt worden sein. Bundesweit bekannt wurde jüngst der Fall der Ortschaft Heuersdorf südlich von Leipzig. Ihre Bewohner wurden nach langem hinhaltenden Widerstand ab 2007 umgesiedelt und der Ort wurde durch die Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft devastiert, um dem Tagebau Schleenhain Platz zu machen. Dazu wurde die aus dem 13. Jahrhundert stammende romanische Emmauskirche mit großem technischen Aufwand in das nahegelegene Borna umgesetzt. Im Rheinischen Revier laufen derzeit Devastierungsmaßnahmen zugunsten des Tagebaus Garzweiler der RWE Power AG.

<sup>15</sup> *Clemens Heitmann u. Marcus Sonntag*, Einsatz in der Produktion. Soldaten und Strafgefangene als Stützen der DDR-Staatswirtschaft, in: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland 42 (2009), S. 451-458.

<sup>16</sup> Trotzdem wurde der letzte untertägige Braunkohlenbergbau bei Leipzig-Dölitz erst im Jahr 1959 eingestellt.

<sup>17</sup> Es wurden mindestens 189 Tagebaugeräte inklusive sieben Abraumförderbrücken demontiert und in die Sowjetunion verbracht, so dass von den 1945 vorhandenen 18 Abraumförderbrücken nur elf in der SBZ verblieben. Dadurch sank die Fördermenge an Rohbraunkohle von 108,4 Mio. t 1946 auf 101,7 Mio. t im Jahr 1947 und konnte erst 1949 mit einer Menge von 124,9 Mio. t annähernd das Förderniveau des Vorkriegsjahres 1938 (126,6 Mio. t) erreichen.

<sup>18</sup> Die Eintracht Braunkohlenwerke und Brikkettfabriken AG wurde am 1. Januar 1887 unter der Leitung Joseph Werminghoffs durch Übernahme der 1881 im Bergwerk Gustav Ferdinand bei Bennfeld gegründeten Gewerkschaft Eintracht I gegründet. Zu den ersten Erwerbungen der Gesellschaft zählten die Gruben Louise bei Domsdorf und Henriette in Sallgast. 1892 erwarb die Eintracht Kohlefelder in der Umgebung von Welzow, wo folgend das Braunkohlenwerk Grube Clara I (kurz Grube Clara) entstand. Unter Werminghoff als Aufsichtsratsvorsitzendem wurde der Hauptsitz der Gesellschaft

1905 von Berlin nach Welzow in das Lausitzer Braunkohlenrevier verlegt. Danach wurden mit der Grube Clara III bei Zeißholz 1909 und der Grube Werminghoff 1912 die zwei letzten Betriebe der AG gegründet. Neben den fünf Schwesterbetrieben umfasste die Eintracht zudem eine Zentralwerkstatt in Welzow. Die Überlieferung ist Teil des zusammengefassten Bestandes 40200 Lausitzer und mitteldeutsche Braunkohlenindustrie im Bergarchiv Freiberg.

<sup>19</sup> Die Brüder Isidor (1854-1919), Julius (1856-1932) und Ignaz (1857-1934) aus der jüdischen Familie Petschek waren erfolgreiche Unternehmer der Braunkohlenindustrie. Besonders die beiden jüngeren Brüder erwarben im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert in Nordböhmen ein beträchtliches Vermögen. Nach dem Ersten Weltkrieg expandierte die Petschek-Gruppe nach Deutschland und erwarb die Aktienmajorität zahlreicher Aktiengesellschaften, u. a. der Eintracht AG. 1932 befand sich über die Hälfte der Braunkohlenwerke Mitteldeutschlands und auch der Lausitz in ihrem Besitz. Im Zuge der nationalsozialistischen „Arisierungspolitik“ wurde die Petschek-Gruppe jedoch 1938 zerschlagen und ihr Vermögen floss zum großen Teil in die reichseigene Holding Vereinigte Industrieunternehmen AG (VIAG) ein.

<sup>20</sup> Im Sächsischen Industriemuseum – Energiefabrik Knappenrode werden heute die bestimmende Rolle der Braunkohlenindustrie für die Lausitz dargestellt und die Anlagen präsentiert, welche das Werk bereits seinerzeit zu einem technischen Denkmal machten. Seit 2005 gehört das Museum zur Europäischen Route der Industriekultur, zu der u. a. die Zeche Zollverein in Essen, die Völklinger Hütte und das Besucherbergwerk in Lichterfeld gehören. Die im letztgenannten Tagebau Klettwitz-Nord zwischen Berlin und Dresden erhaltene „Abraumförderbrücke F60“ ist eine der größten beweglichen Arbeitsmaschinen der Welt.

<sup>21</sup> 1994 wurde die LAUBAG von der Treuhandanstalt an ein Konsortium aus deutschen Energieversorgern veräußert. Wegen wettbewerbsrechtlicher Auflagen kam es im Jahr 2000 erneut zu Eigentümerwechseln, und seit 2002 firmiert die ehemalige LAUBAG als Vattenfall Mining AG.

<sup>22</sup> Der größte Teil der 1990 entstandenen Vereinigte Mitteldeutsche Braunkohlenwerke AG wurde 1994 an ein britisch-amerikanisches Firmenkonsortium sowie 2009 wiederum an das ehemalige tschechische staatliche Energieunternehmen CEZ verkauft und firmiert seitdem als Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft mbH (MIBRAG). Diese betreibt heute im Leipziger Südraum die beiden Großtagebaue Vereinigtes Schleenhain und Profen sowie drei Kraftwerke und liefert den Brennstoff für mehrere Großkraftwerke im mitteldeutschen Raum.

<sup>23</sup> Die LMBV entstand 1995 durch Zusammenlegung der Lausitzer Bergbau-Verwaltungsgesellschaft (LBV) sowie der Mitteldeutschen Bergbau-Verwaltungsgesellschaft (MBV) und befindet sich heute vollständig im Eigentum des Bundes.

<sup>24</sup> Dies waren ca. 224 Restlöcher sowie zahllose sanierungsbedürftige Betriebsflächen mit einer Fläche von insgesamt 100 000 Hektar. In die der LMBV übertra-

genen ehemaligen Braunkohlebergbauflächen in den Ländern Sachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen wurden bis zum Jahr 2008 etwa 8,5 Mrd. Euro investiert.

<sup>25</sup> Internet: [www.leipziger-neuseenland.de](http://www.leipziger-neuseenland.de),  
[www.mitteldeutsche-seenlandschaft.de](http://www.mitteldeutsche-seenlandschaft.de),  
[www.lausitzerseenland.de](http://www.lausitzerseenland.de).

<sup>26</sup> Neben der LMBV existieren noch die bundeseigene Wismut GmbH zur Sanierung der Uranbergbauanlagen sowie die „Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrieben mbH“ (GVV) zur Stilllegung und Sanierung unwirtschaftlicher Betriebe des Kali-, Erz- und Spatbergbaus in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.